

Netzwerk angestellter Lehrer: Pressemitteilung

Lehrermangel! Wie kann Berlin seine jungen Lehrer halten?

„Lehrermangel! Wie kann Berlin seine jungen Lehrer halten?“, so lautete das Thema der Podiumsdiskussion, zu der am letzten Donnerstag Vertreter aus Politik und Schul-Praxis an der Beethoven-Oberschule in Berlin-Lankwitz zusammenkamen. Die Diskussion zeigte, dass es nicht gut bestellt ist um die Berliner Schullandschaft. 57 % der Berliner Lehrkräfte sind über 50 Jahre alt und werden bald in Pension gehen. Gleichzeitig zeigen die letzten Einstellungsverfahren, dass es immer schwerer wird, geeignetes Personal für die Schulen zu finden. Viele angestellte Lehrkräfte sind zudem unzufrieden und überlegen, Berlin aufgrund der weitreichenden Nachteile, die sie gegenüber ihren verbeamteten Kollegen hinzunehmen haben, den Rücken zu kehren. Vorgeschlagene Maßnahmen der Diskussionsteilnehmer zur Verbesserung der Situation kreisten um die Wiederverbeamtung, Reduzierungen der Pflichtstundenzahl angestellter Lehrer, aber auch lediglich um Entlastungen bei bürokratischen Tätigkeiten.

Die Situation an den Schulen – „Bald ist hier der Teufel los!“

Eines wurde gleich zu Beginn der Podiumsdiskussion deutlich: Es wird immer schwieriger, geeignetes Personal für das Berliner Schulwesen zu gewinnen. Zwar gelang es Bildungssenatorin Scheeres zur Einstellungsrunde im Februar 330 der 350 offenen Lehrerstellen zu besetzen, aufgrund des steigenden Bedarfs an Neueinstellungen sind solche Zahlen jedoch besorgniserregend gering. Alleine zum Schuljahr 2014/15 werden laut Bedarfsprognose der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung 1.486 Neueinstellungen notwendig sein.

Die Vertreterin der SPD, Abgeordnetenhausmitglied Dr. Ina Czyborra, wies darauf hin, dass es sich beim Lehrermangel um ein bundesweites Problem handele. Unter Berücksichtigung der Haushaltslage sowie gemessen an anderen akademischen Berufen sei das Gehalt angestellter Lehrer gut.

Ralf Treptow, der Vorsitzende der Vereinigung der Oberstudiendirektoren, Harald Kuhn, Vorsitzender des Schulleiterverbandes IBS, sowie Torsten Ulrich von der Initiative ‚Verbeamtung Jetzt‘ entgegneten, dass eine Gleichstellung angestellter und verbeamteter Kollegen zur Wahrung des Schulfriedens unabdingbar sei.

Ein großes Problem der derzeitigen Personalpolitik der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung stellt die sogenannte „Verbeamtung durch die Hintertür“ dar, d.h. die Einstellung verbeamteter Kollegen aus anderen Bundesländern. Im Laufe der Podiumsdiskussion wurde auf Nachfrage des Moderators, Martin Klesmann (Berliner Zeitung) bei Frau Czyborra (SPD) deutlich, dass mittlerweile 30% der Lehrereinstellungen durch Bewerber aus anderen Bundesländern gedeckt werden. Die Situation in den Lehrerzimmern zeigt, dass ein Großteil dieser Lehrkräfte im Beamtenverhältnis übernommen werden. Viele angestellte Lehrkräfte empfinden diese Ungleichbehandlung als große Ungerechtigkeit und als einen Grund, sich in anderen Bundesländern zu bewerben.

Ein Blick in die Statistiken zum zukünftigen Personalbedarf zeigt, dass Berlin keine seiner angestellten Lehrkräfte entbehren kann. Herr Treptow machte mithilfe der Berliner Schulstatistik des Jahres 2011/12 deutlich, dass in den nächsten 10 Jahren circa 40% der Lehrkräfte aus dem

Berliner Schuldienst ausscheiden werden. In den nächsten 15 Jahren seien es sogar 57%. Die Politik müsse schnell handeln, sonst sei hier „bald der Teufel los“, so Treptow.

Lösungsvorschläge der Diskussionsteilnehmer

Angesprochen auf Lösungsvorschläge zur Bekämpfung des Lehrermangels schloss sich Hildegard Bentele, Europa- und schulpolitische Sprecherin der CDU im Abgeordnetenhaus Berlin, der Forderung nach einer Verbeamtung an. Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen konnte sich die CDU mit dieser Forderung nicht durchsetzen, bedauerte Bentele. Man werde jedoch versuchen, in diesem Punkt mit dem Koalitionspartner voranzukommen.

Frau Czyborra (SPD) schlug vor, die Attraktivität Berlins für Lehrer durch eine Reduzierung bürokratischer Tätigkeiten zu steigern. Aufgrund der Dimension der finanziellen Ungleichheit zwischen verbeamteten und angestellten Kollegen wurde dieser Vorschlag von vielen anwesenden Lehrkräften als vollkommen unzureichend empfunden.

Günter Peiritsch, der Vorsitzende des Landeselternausschusses, wies darauf hin, dass viele Eltern sich mit einer Verbeamtung von Lehrern schwer täten. Er forderte jedoch, den Bildungsbereich mit ausreichend Finanzmitteln zu versorgen. Es sei eine Unverschämtheit, wie in Berlin mit Bildung umgegangen werde.

Sigrid Baumgardt, Vorsitzende des GEW Landesverbandes Berlin, forderte, die Arbeitszeit angestellter Lehrkräfte um zwei Stunden zu reduzieren und die Junglehrer zu Berufsbeginn in die Erfahrungsstufe 3 einzuordnen, um eine Gehaltsprogression und tarifliche Sicherheit zu erreichen. Torsten Ulrich erwiderte hierauf, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen würden, um die Attraktivität Berlins zu steigern. Außerdem müssten bei Umsetzung dieser Pläne 14.000 Unterrichtsstunden durch Neueinstellungen abgedeckt werden. Angesichts der Bewerberlage wäre dies nicht umzusetzen.

Bei der abschließenden Plenumsdiskussion kamen auch Eltern und Schüler zu Wort. So auch eine Schülerin des Berggruen-Gymnasiums, an dem die Schülerversammlung Buttons hergestellt hat, mit denen sie für die Besserstellung der angestellten Lehrer werben will. Sie betonte den hohen Stellenwert eines stärkeren Engagements seitens all jener, die von dem Problem betroffen sind und gab zu bedenken, dass sich unter den Schülern eine immer stärkere politische Resignation einstelle, da sie sich nicht repräsentiert sähen.

Das Netzwerk angestellter Lehrer möchte den hohen Stellenwert eines gemeinsamen Engagements von Lehrern, Eltern und Schülern unterstreichen. Die Diskussion hat gezeigt, dass die ganze Dimension des Problems von vielen Entscheidungsträgern nicht erkannt wird. Ein geschlossenes Vorgehen ist daher notwendig, um die anstehenden Probleme zu meistern, damit eben nicht „bald der Teufel los“ ist an Berlins Schulen. Eine Möglichkeit hierfür ist die Heiße Kiste der Initiative „Bildet Berlin!“. Hierbei handelt es sich um einen Internet Thread, in dem prekäre Situationen an Berliner Schulen an die Öffentlichkeit gebracht werden sollen (Link zu „Bildet Berlin!“: www.bildet-berlin.de).